

***Kommunalpolitisches Handlungsprogramm
der
Jungen Union Essen***

2014-2020



JU

JUNGE UNION
ESSEN

Inhaltsverzeichnis

Jugend und junge Erwachsene	3
Familie und Kinder	4
Schule und Hochschule.....	5
Sicherheit und Sauberkeit	7
Verkehr.....	9
Umwelt	12
Soziales.....	15
Gesundheit	17
Stadtentwicklung und Stadtplanung	19
Integrationspolitik	20
Sport und Bäder	21
Kultur	22
Finanzen und Verwaltung.....	23
Wirtschaft.....	25
Baldeneysee.....	26

Jugend und junge Erwachsene

Die Junge Union Essen vertritt die Interessen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unserer Stadt.

Die Junge Union Essen fordert...

- die Entwicklung von systematischen Konzepten für gelingende Bildungsübergänge von der Kita in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführende Schule und von der Schule in die duale Berufsausbildung oder ins Studium.
- den Erhalt und das bessere Bewerben des Internetangebots www.townload-essen.de als Informationsplattform für Jugendliche in Essen.
- durch eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung den Berufseinstieg für Jugendliche und junge Erwachsene zu erleichtern.
- die Einbindung von aktiven Jugendgruppen in die für sie relevanten Themen der Stadt durch die Kinder- und Jugendbeauftragten der Bezirksvertretungen und des Rates sowie Jugendverbänden und -initiativen.
- die Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen durch attraktive Angebote in Verbindung mit der so genannten „JuLeiCa“ (Jugendleitercard).

Familie und Kinder

Familien und Kinder sind der Grundbaustein unserer Gesellschaft. Wir kämpfen daher für eine kinder- und familienfreundliche Stadt Essen.

Die Junge Union Essen fordert...

- die Wahlfreiheit für Eltern zu gewährleisten, d. h. dass es ebenso möglich ist sich für ein traditionelles Familienbild, aber genauso für Beruf und Familie zu entscheiden.
- verlässliche und bezahlbare Betreuungsangebote ab dem Kleinkindalter.
- dass die Stadt Essen an ihrem Leitbild „Großstadt für Kinder“ festhält und weiter daran arbeitet. Denn durch ausreichend und saubere Spielflächen, eine familienfreundliche Wohnungsbaupolitik und eine kinderfreundliche Ausstattung öffentlicher Einrichtungen und Plätze soll sich Essen zu einem Standort mit hoher Lebensqualität für alle Generationen entwickeln.
- die finanzielle Unterstützung von Kinder- und Jugendgruppen auf „Prämienbasis“, die sich in besonderer Weise in der Bürgerschaft für das Gemeinwohl engagieren (z.B. Übernahme von Spielplatzpatenschaften; Besuchen in Altenheimen etc.).
- den Ausbau von familienfreundlichen Arbeitsplätzen in Essen. Politik, Stadtverwaltung und Unternehmen müssen sich gemeinsam für familienfreundliche Angebote einsetzen und Familien im Berufsalltag unterstützen. Ein Nebeneinander von Beruf und Familie muss sorgenfreier ermöglicht werden.
- das bereits vorhandene Netzwerk zum Kinderschutz in Essen weiter auszubauen und kontinuierlich zu verbessern. Wir müssen sicher gehen, dass kein Kind vernachlässigt, missbraucht oder misshandelt wird. Der Kinderschutz kann nur durch eine noch intensivere Zusammenarbeit von Jugendamt, anderen Behörden und Ärzten, sowie einer für die Belange von Kindern aufmerksamen Bevölkerung erreicht werden.
- eine effektive Qualitätskontrolle für städtische Behörden, die längst überfällig ist. Dies gilt insbesondere für Jugendämter. Die Arbeit von Jugendämtern kann über Menschenleben entscheiden. Daher fordern wir hierzu als ersten Schritt einen Jugendamt-„TÜV“.

Schule und Hochschule

Obwohl die Verantwortung für die Schulpolitik beim Land Nordrhein-Westfalen liegt, muss die Stadt Essen im Rahmen einer „erweiterten Schulträgerschaft“ bei der Gestaltung und Umsetzung einer bestmöglichen Bildungslandschaft mitwirken und Verantwortung übernehmen. Für uns als Junge Union ist es daher nicht akzeptabel, hier zu sparen, da Investitionen in diesem Bereich die Zukunft nachfolgender Generationen sichern.

Schule

Die Junge Union Essen fordert...

- den Erhalt aller Schulformen. Ideologisch motivierte Attacken auf das Gymnasium sind inakzeptabel.
- flächendeckend eine bessere Unterrichtsqualität an allen Schulen in Essen. Diese Qualität muss durch eine regelmäßige Kontrolle sichergestellt werden. Schlechter Unterricht muss auch für Lehrer Konsequenzen haben.
- kleinere Klassen in allen Schulformen zur Verbesserung der individuellen Förderung jedes Kindes.
- dass die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen in ausreichender Weise sichergestellt wird. Jedem Kind muss es ermöglicht werden, die Schullaufbahn zu wählen, die am besten seinen Fähigkeiten und Zielen entspricht.
- die Klassenräume und Sporthallen für die Schüler in einen guten Zustand zu versetzen, der eine angenehme Atmosphäre zum Lernen schafft.
- eine technische Ausstattung an Schulen, die einen zeitgemäßen Unterricht ermöglicht.
- gutes und ausgewogenes Schulessen.
- die Erweiterung der Schulmahlzeiten um ein Schulfrühstück an ausgewählten Schulen, um sicherzugehen, dass jedes Kind mit einer gesunden Ernährung ausreichend versorgt ist, um am Schulunterricht aufmerksam teilnehmen zu können.
- eine den Defiziten entsprechende Weiterbildung, verpflichtend für Jugendliche, die nach dem Schulabgang keine anschließende Lehrstelle finden, einzuführen, um nicht den Weg in die Perspektivlosigkeit anzutreten und jeglichen Lernrhythmus zu verlieren. Der Leistungsbezug soll dabei an die Förderung gekoppelt sein.
- Sport-, Bildungsangebote in der Schule/ in Kooperation mit den Vereinen.
- eine verstärkte Kooperation mit der örtlichen Wirtschaft (Patensystem zwischen Schulen und einzelnen Betrieben).

- das System der dualen Ausbildung zu fördern.
- Sozialarbeiter als Ansprechpartner für die Schüler an jeder Schule.
- mehr offenen Ganztage und die dafür notwendige personelle und materielle Ausstattung an allen Essener Schulen.
- saubere sanitäre Anlagen an allen Essener Schulen, die weiterhin kostenfrei zu nutzen sind.
- die Förderung von bilinguaem –vor allem englischsprachigen- Unterricht.
- die Unterstützung sozialen Engagements an Essener Schulen.
- einen Ausbau des inklusiven Unterrichts.
- dass flächendeckend ein Schulsanitätsdienst eingerichtet wird, um die Sicherheit und Erstversorgung der Schülerinnen und Schüler durch geschulte Ersthelfer an den Essener Schulen zu verbessern.

Hochschule

Die Junge Union Essen fordert...

- die Ausweitung des Angebots, um die Lehre zu verbessern (in Form von mehr Personal und Lehrmitteln).
- die Abschaffung der Allgemeinen Studiaausschüsse und Studierendenparlamente bei gleichzeitiger Stärkung der Fachschaften.
- die Sicherheit und Beleuchtung auf dem Universitätsgelände sowie in dessen Umgebung zu verbessern.
- die Förderung studentischen Lebens durch attraktive Wohn- und Freizeitangebote.
- den Bau eines Aufzuges an der Haltestelle Universität Essen.

Sicherheit und Sauberkeit

Die Attraktivität der Stadt Essen ist eng damit verknüpft, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in ihr sicher fühlen können. Deshalb muss auch weiterhin auf alte Probleme und neue Herausforderungen konsequent und ergebnisorientiert reagiert werden.

Die Junge Union Essen fordert...

- dass die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Hilfsorganisationen, Wohlfahrts- und Jugendverbänden, sowie Polizei weiter intensiviert wird und gemeinsam Präventionsstrategien erarbeitet werden.
- dass jugendliche Straftäter durch Resozialisierungsmaßnahmen Methoden lernen können, ihren Alltag zu meistern und dabei vor allem durch psychologische Beratung unterstützt werden. Dies soll vorbeugend auf mögliche spätere Gewaltakte wirken und Gewalteskalationen nachhaltig unterbinden. Eine enge Zusammenarbeit soll durch enge Absprachen zwischen Jugendhilfe und Justiz gewährleistet werden.
- dass der Bestand und Bedarf öffentlicher Spielplätze geprüft wird. Dadurch wird die Möglichkeit gegeben, zur Verfügung stehende Mittel gezielter einsetzen zu können. Öffentliche Spielplätze sollen sauber und kinderfreundlich gestaltet werden und modernen Anforderungen entsprechen. Zudem ist auf jedem Spielplatz die Sicherheit für Kinder zu gewährleisten und insbesondere gegen eine Verunreinigung mit Glasscherben und Fixerbesteck (Spritzen) vorzugehen. Das Rauchverbot auf Spielplätzen ist konsequent durchzusetzen.
- der allgemeinen Verschmutzung in Grün- und Stadtflächen Einhalt zu gebieten. Insbesondere die Grünflächen stellen ein wichtiges Aushängeschild der Stadt Essen dar und sind somit zu wahren und zu schützen.
- mehr Sicherheit auf städtischen Grünflächen, z. B. durch die dichtere Beleuchtung an Gehwegen.
- dass keine so genannten „Trinkräume“ eingerichtet werden. Wir sind der Überzeugung, dass diese Räume, welche zur Bekämpfung der Alkoholsucht diskutiert werden, vielmehr zu einer Verschlimmerung der Situation von Alkoholikern führten. Stattdessen sollten die Beratung und Therapie suchtkranker Menschen intensiviert werden.
- die Aufrechterhaltung des Tauben-Fütterungsverbots auf Stadtgebietsfläche. Die Standortsuche für einen zweiten Taubenschlag soll fortgesetzt werden. Durch diese und andere Maßnahmen sollte die Anzahl der Stadttauben verringert werden, damit die Verschmutzungen und Beschädigungen durch Stadttauben reduziert werden.
- dass auch weiterhin die dauerhafte Präsenz der Drogenszene und eine größere Ansammlung von Obdachlosen (z. B. im Umfeld des Hauptbahnhofes) unterbunden werden.
- dass auf dem Willy-Brandt-Platz nicht erneut Bänke aufgestellt werden.
- die Beibehaltung von Doppelstreifen durch Polizei und Ordnungsamt, welche sich in den vergangenen Jahren sehr bewährt haben.

- ein konsequenteres Vorgehen gegen illegales Graffiti, z. B. nach dem Vorbild „Düsseldorf einwandfrei“, d. h. Beseitigung durch überführte minderjährige Ersttäter.

Verkehr

Der Wunsch nach freier Beweglichkeit des Einzelnen und die steigenden logistischen Anforderungen der Wirtschaft haben zu einer starken Zunahme des Verkehrs geführt, der bei den bestehenden Verkehrswegen an seine Grenzen stößt. Die Folge sind Staus und verstopfte Innenstädte, die die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen hemmen. Aus diesem Grund müssen die Verkehrssysteme ausgebaut und optimiert werden. Hier sind Konzepte, die einen Verkehrsträger einseitig fördern, auf Dauer zum Scheitern verurteilt. Vielmehr müssen die Stärken der verschiedenen Verkehrssysteme genutzt werden, um die Umweltbelastungen zu reduzieren und die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Es muss beachtet werden, dass die Umsetzung umweltgesetzlicher Vorhaben die Mobilität der Bürger nicht über Gebühr beeinträchtigt.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die Junge Union Essen fordert...

- den weiteren Ausbau des Busverkehrs im 15-Minuten-Takt bis 20.00 Uhr.
- in den Abendstunden den Einsatz von Anrufsammeltaxen in dünn besiedelten Stadtgebieten.
- die lückenlose Ausstattung von U-Bahnhöfen und Bus-/Bahnlinien mit Notrufsäulen unter direkter Anbindung an eine Notrufzentrale mit festgeschriebenen, kurzen Reaktionszeiten.
- die Verbesserung des Services durch bessere Fahrgastinformationen an hoch frequentierten Haltestellen, z.B. durch den Ausbau der digitalen Abfahrtsanzeigen. Dies gilt vor allem für die Bussteige am Hauptbahnhof, dem Porscheplatz und dem Steeler S-Bahnhof.
- eine bessere Vernetzung der Strecken des ÖPNV mit den umliegenden Städten.
- einen barrierefreien Zugang zu möglichst allen Einrichtungen, Fahrzeugen und Haltestellen des ÖPNV in Essen, dazu gehört auch die Einführung von Blindenleitsystemen und die sprachliche Ankündigung der jeweils folgenden Bahn.
- die gezielte und verstärkte Beteiligung und Einbeziehung privater Unternehmen ins ÖPNV-Angebot (z.B. Sammeltaxen).
- die Anbringung von Schildern an U-Bahn-Rolltreppen, die den ÖPNV-Kunden auffordern, auf der rechten Seite zu stehen („rechts stehen – links gehen!“).
- die bedarfsgerechte Förderung von Bürgerbussen (wie in Kettwig und Haarzopf).

Radfahrer und Fußgänger

Die Junge Union Essen fordert ...

- den Ausbau des Radverkehrsnetzes, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Bereiche Freizeit und Schulanbindung gelegt wird.
- die Radhaupttrouten grundsätzlich parallel zu den Hauptverkehrsachsen auf den Nebenstraßen zu führen und nur in Ausnahmefällen direkt über stark frequentierte Straßen zu leiten. Dies erhöht die Sicherheit und Akzeptanz der Radwege (z.B. Steeler Straße und weiteren).
- die Einrichtung diebstahlsicherer Fahrradparkplätze in den Geschäfts- und Freizeitzentren (z.B. Grendplatz Steele, Porscheplatz, Einkaufszentrum Limbecker Platz).
- den sinnvollen Ausbau von Anforderungsampeln für Fußgänger (z.B. an Schulen und Kindergärten).

Individualverkehr

Die Junge Union Essen fordert...

- ein Parkleitsystem und eine bessere Bewirtschaftung der Parkplätze rund um das Landgericht (und die Staatsanwaltschaft) um die dortige Parkplatzsituation zu entschärfen.
- dass vor der Einführung neuer Straßenanliegerparkregelungen sorgfältig geprüft wird, ob ausreichender Parkraum für Gewerbetreibende und Kunden kostenlos bereitgestellt werden kann.
- die Abschaffung der Parkgebühren in den Nebenzentren und stattdessen die Einführung einer Parkscheibenregelung. Dies erhöht die Konkurrenzfähigkeit des Einzelhandels in den Stadtteilen gegenüber den großen Zentren (z.B. CentrO, Rhein-Ruhr-Zentrum, Einkaufszentrum Limbecker Platz) und verhindert ebenso ein Dauerparken.
- eine schnellere und effizientere Abwicklung von Straßenbaustellen im Stadtgebiet. Dies gilt insbesondere für die Hauptverkehrsachsen. Zunächst sind alternative Sicherheitsvorkehrungen zu prüfen, bevor Tempolimits auf 30 km/h reduziert werden. Derartige Beschränkungen sind lediglich in dem Zeitraum aufrecht zu erhalten, in dem eine Gefährdung vorliegt.
- das bedarfsgerechte Ausweiten des „Grünen Pfeiles“ in Essen.
- das Abschalten von zahlreichen Ampelanlagen im Stadtgebiet in der Nacht.
- „Grüne-Welle“-Ampelschaltungen besser als bisher umzusetzen.
- die Einführung von Tempo 70 an geeigneten Hauptverkehrsstraßen.

- den Weiterbau der A 52 mit drei Ausfahrten im Bereich Gerlingstraße, Lierfeldstraße und Vogelheimer Straße, wobei im Bereich Frillendorf (A 40) und Altenessen die Autobahn nach Möglichkeit in Tunnellage zu führen ist.
- den Ausbau der Bundesautobahn 42 voranzutreiben, um den innerstädtischen Verkehr zu entlasten.
- die Beschränkung der Geschwindigkeit auf 80 km/h zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr auf der A 52 zwischen Kettwig und dem Autobahndreieck Essen-Ost zurückzunehmen.
- Kreisverkehre im verstärkten Maße einzuführen, um den Verkehr flüssiger zu gestalten.
- Abschaffung der Tempo 30 Zonen, die zur Lärmreduzierung in der Nacht führen sollen.

Umwelt

Viele Umweltprobleme finden ihre Ursachen in den großen Ballungsgebieten unseres Landes. Gemäß dem Verursacherprinzip müssen Lösungsansätze für eine nachhaltige und umweltverträgliche Entwicklung vor allem in den Großstädten gefunden werden. Kommunalpolitik muss daher ihren Beitrag zur nachhaltigen Zukunftssicherung unserer Stadt groß schreiben.

Klimaschutz

Die Junge Union Essen fordert...

- die sorgfältige Ausarbeitung von Anpassungsstrategien zum Schutze der Wohnbevölkerung vor den Folgen des Klimawandels, etwa vor erhöhten Innenstadtttemperaturen im Hochsommer. Zur Reduktion von CO₂-Emissionen gilt es die rechtlichen Möglichkeiten zum Klimaschutz in der Bauleitplanung auszuschöpfen.

Luftreinhaltung

Die Junge Union Essen fordert...

- die Errichtung einer flächendeckenden „Umweltzone Ruhrgebiet“ und damit die Aufhebung der Zersplitterung in acht unterschiedlich große Umweltzonen. So kann vermieden werden, dass der besonders schadstoffträchtige Verkehr in Stadtgebiete außerhalb der Umweltzonen verlagert wird.
- die besondere Beachtung der Ziele der örtlichen Luftreinhaltung im Rahmen der Bauleitplanung, der Verkehrsplanung und der Energiekonzepte. Hierzu bedarf es einer fortlaufenden Evaluierung und bedarfsgerechten Fortschreibung des regionalen Luftreinhalteplanes.
- die effektive Umsetzung der Ziele der Luftreinhaltung durch Überwachung der Einhaltung der Plakettenpflicht in den Umweltzonen durch die Polizei- und Ordnungsbehörden.

Lärmschutz

Die Junge Union Essen fordert...

- die Erarbeitung umfassender Lärmaktionspläne, welche neben den Lärmquellen Verkehr, Gewerbe und Industrie auch Bau-, Nachbarschafts- und Freizeitlärm erfassen, vor allem in denjenigen Gebieten, die nach der vorgenommenen Lärmkartierung besonders belastet sind. Dabei ist die Öffentlichkeit intensiv zu beteiligen.
- zur Umsetzung der bestehenden Lärminderungspläne die Intensivierung von Schallschutzmaßnahmen an Straßen und Bahntrassen, und hierbei insbesondere die Erörterung, an welchen Stellen im Essener Stadtgebiet der Einsatz von Flüsterasphalt zielführend

ist. Tempolimits als Lärmschutzmaßnahmen lehnen wir grundsätzlich an. Nur in Ausnahmefällen können sie ein Mittel sein, wenn bauliche Maßnahmen nicht abhelfen können.

Energie

Die Junge Union Essen fordert...

- die Errichtung und den Ausbau von Systemen der Kraft-Wärme-Kopplung zu forcieren, die gegenüber der herkömmlichen Erzeugung von Wärme und Strom einen erheblich höheren Wirkungsgrad aufweisen. Dies führt nicht nur zur Umweltentlastung, sondern auch zur Einsparung von Primärenergie.
- die Intensivierung des Aufbaus moderner, dezentraler Energieversorgungssysteme in der Stadt Essen, wie z.B. von Blockheizkraftwerken, sowie die Nutzung von Umweltenergien (Sonnenenergie, Windenergie, Erdwärme etc.). Unter diesem Aspekt müssen Ansätze zu einer flexibleren Gestaltung der Energieversorgung an Bedeutung gewinnen.
- die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Energieeinsparung (z.B. Durchsetzung der Niedrigbauweise über Bebauungspläne, stärkere Überprüfung von Energiestandards bei Baugenehmigungen unter Kontrolle ihrer Ausführung, Ausweitung der kommunalen Energiesparberatung).
- die konsequente Ermittlung und Nutzung von Möglichkeiten einer verbrauchs- und emissionsmindernden Energieversorgung sowohl in kommunalen Einrichtungen wie auch in Privathaushalten. Hierzu sollen Beratungsangebote für Hauseigentümer (z.B. durch die Verbraucherzentrale NRW) ausgebaut werden.

Wasser- und Abfallwirtschaft

Die Junge Union Essen fordert...

- die Sanierung der überalterten Kanalisation und den Ausbau des kommunalen Entwässerungsnetzes sowie dessen fortwährende Kontrolle zu forcieren.
- die Förderung der Versickerung des Regenwassers in den Untergrund und die Nutzung im häuslichen und gewerblichen Bereich zur Minimierung der Abwassermenge.
- die Sanierung vorhandener Einleitungen in Gewässer zur Verbesserung des Wasserzustandes und zur Erreichung eines guten ökologischen Zustandes im Sinne der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Natur und Landschaft

Die Junge Union Essen fordert...

- das planerische Instrumentarium auf allen Ebenen im Sinne einer umfassenden kommunalen Umweltplanung anzuwenden. Hierzu gehören insbesondere ökologische Informationssysteme, Landschaftspläne, Grünordnungspläne und landschaftspflegerische Begleitpläne sowie planerische Flächenbevorratung für Ausgleichsmaßnahmen, sog. Öko-Kontensysteme, deren Vernetzung z.B. zwischen der Stadt und dem RVR geboten wäre. Dabei ist eine effiziente Überwachung der Realisierung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (z.B. im Bauleitplanverfahren), welche innerhalb der Stadt Essen zur Verbesserung der Situation von Natur und Landschaft umgesetzt werden müssen, geboten.
- Lücken in Grüngürteln zu schließen und Grünverbindungen auszubauen, welche das Stadtgebiet mit Biotopen vernetzen und gleichzeitig wertvolle Erholungsräume für die Bevölkerung darstellen. Durch die Einbeziehung des Mediums Wasser („Neue Wege zum Wasser“) kann diese grünplanerische Aufgabe mit Ansätzen zur Qualitätssteigerung von Wohnquartieren verbunden werden.
- die Nutzung arbeitsfördernder Programme bei der Schaffung neuer-, und der Wiederherstellung und Erhaltung bestehender sanierungs- und pflegebedürftiger Grünflächen umzusetzen, z.B. nach dem Muster der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (gem. § 16 Abs. 3 SGB III) statt ALG II.
- den Erhalt und die Entwicklung spezifischer Biotopstrukturen (wie Feuchtwiesenprogramme, Heckenpflanzungen) zu fördern.
- anerkannte Umwelt- und Naturschutzverbände in die Entwicklung und Unterhaltung des kommunalen Grünsystems einzubeziehen. Die Vergabe von Partnerschaften an interessierte Initiativen, Unternehmen und Einzelbürger ist zu prüfen.
- den Erhalt und die Weiterentwicklung des Gruga-Parks.

Soziales

Die Junge Union Essen ist sich der überragenden Bedeutung und Komplexität des Themas Sozialpolitik bewusst. Wir sind überzeugt, dass nur durch einen permanenten kritischen Dialog Schwachstellen im sozialen Sektor aufgedeckt und neu überdacht werden können.

Eigenverantwortung stärken: Grundsatz „Fördern und fordern“

Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter. Dem muss entgegengewirkt werden, um die Mittelschicht dauerhaft zu stärken.“ Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Kinderarmut und die Armut im Alter in Deutschland an Relevanz zunehmen. Dies wurde bereits mit der Einführung des Leistungs- und Teilhabepakets durch die Bundesregierung erkannt. Ziel muss daher bleiben, dieses jetzt konsequent weiterzuführen und auszubauen.

Die Junge Union Essen fordert...

- die unbefristete Verlängerung des bereits bestehenden Programms „Alle Kinder essen mit“, welches als Ergänzung zum Leistungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung eingeführt wurde.
- Wohnangebote zu schaffen, die den zunehmenden Herausforderungen der demographischen Entwicklung Rechnung tragen und altersgerechtes Wohnen ermöglichen. Der Grundsatz der Subsidiarität muss hierbei gefördert werden. Dort wo die Möglichkeit besteht, dass Jüngere mit Älteren zusammen leben, ist die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern besonders zu fördern.
- die Gründung von Seniorengenossenschaften nach dem Riedlinger Modell finanziell zu fördern. Damit lässt sich nicht nur eine zielgerichtete Unterstützung jener Menschen erreichen, die sich ehrenamtlich in sozialen Diensten einbringen, sondern auch nachhaltig eine Förderung des subsidiären Gedankens in sozialen Angelegenheiten erreichen. Seniorengenossenschaften sind mittel- und langfristig in der Lage, soziale Dienste kosteneffizienter zu gestalten und durch die individuelle Mitarbeit heute die eigene Situation im Alter zu sichern.

Kontrollierte Sozialhilfe / Kontrollsysteme gegen Leistungsmissbrauch

Jeder kann in Not geraten und in solchen Fällen ist die Hilfe der Solidargemeinschaft unerlässlich. Um die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Sozialkassen und eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu gewährleisten, ist eine ständige Kontrolle- und Missbrauchsprävention notwendig.

Die Junge Union Essen fordert...

- die Einstellung zusätzlicher Außendienstmitarbeiter zur Kontrolle des Hilfeleistungsbedarfs vor Ort. Diese müssen auch mit anderen Behörden dahingehend vernetzt sein, dass eine effektive Verhinderung von Leistungsmissbrauch gewährleistet ist.
- stetig anfallende Kosten wie Miete und Heizkosten direkt an die Gläubiger auszahlten. Durch die Kanalisierung der Fixkosten können Verzugsschäden verhindert werden.

Prävention

Anliegen einer verantwortungsbewussten Sozialpolitik muss sein zu verhindern, dass Menschen in die soziale Bedürftigkeit geraten. Ohne Erziehung, Ausbildung und Bildung werden alle weiteren Bemühungen nur Stückwerk bleiben und keine entscheidenden Fortschritte erreicht werden können.

Die Junge Union Essen fordert...

- Bildungszugänge unabhängig vom sozialen Hintergrund. Jeder muss den Zugang zu Bildungswegen entsprechend seiner Fähigkeiten haben.
- der in Essen bereits bestehende und bundesweit einzigartige Finanzführerschein, der in Kooperation mit der Schuldnerhilfe e.V. ins Leben gerufen wurde, soll für Schüler schulformübergreifend eingeführt werden.

Gesundheit

„Essen – die Gesundheitsstadt“ – diesem Prädikat soll die Stadt Essen auch weiterhin gerecht werden. Die JU Essen setzt sich ebenfalls für das Thema „Gesund sein – gesund bleiben in Essen“ ein.

Ernährung und Bewegung – die beste Gesundheitsvorsorge

Gesundheit betrifft Jung und Alt gleichermaßen. Die Grundlagen für einen gesunden Lebenswandel sieht die JU Essen in einer ausgewogenen Ernährung und ausreichender Bewegung. Daher gilt es, das Bewusstsein für eine gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung bereits im jungem Alter zu stärken.“

Die Junge Union Essen fordert...

- eine kind- und jugendgerechte Ernährungserziehung in allen städtischen Bildungseinrichtungen.
 - eine kindgerechte Gesundheitserziehung in Kindertagesstätten und Grundschulen.
 - Ausbau der Bewegungsangebote in allen städtischen Bildungseinrichtungen.
 - Gesundheits- und Ernährungsberatung für Eltern im Rahmen der Elternbildungsangebote.
 - Äquivalent zum erfolgreichen Programm „Jedes Kind ein Instrument“ die Etablierung eines Programms „Jedem Kind (s)eine Sportart“.
- adäquate Bewegungsangebote für Seniorinnen und Senioren, koordiniert über die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und über das Seniorenreferat der Stadt Essen.

Gesundheitsaufklärung

Der verantwortungsvolle Umgang mit dem eigenen Körper ist die beste Prävention. Hier müssen gerade auch Jugendlichen altersgerechte Angebote unterbreitet werden.

Die Junge Union Essen fordert...

- gezielte und altersgerechte Formen der Gesundheitsaufklärung in den Bereichen HIV und anderer sexuell übertragbarer Erreger in der Jugendarbeit und an den Schulen. Die Kooperation mit dem Gesundheitsamt und bspw. der AIDS – Hilfe Essen bietet vielfältige Möglichkeiten.
- gezielte Information für Mädchen und Jungen zu den Themen „Verhütung und Schwangerschaft“, indem Beratungsstellen der Stadt, der Caritas, der AWO, etc. in Jugendarbeit und Schulen bekannt gemacht und beworben werden.
- Angebote zur Suchtprävention auszubauen und bereits im frühen Kindesalter schon zu beginnen. Präventionsprojekte, die ab der 7. Jahrgangsstufe angeboten werden, sind erfahrungsgemäß nicht mehr als „Prävention“ zu verstehen, denn der Umgang mit Alkohol, Zigaretten und z. T. auch Drogen beginnt oft früher. Hierzu können gezielt Angebote des Jugendamtes, der Polizei, der Suchthilfe direkt und des Gesundheitsamtes genutzt werden.

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Der Schlüssel für die Anziehungskraft unserer wachsenden Stadt liegt in ihrer Infrastruktur. Wer gute Voraussetzungen für Leben, Arbeit und Freizeit anbietet, wird als Wohn-, Wirtschafts- und Investitionsstandort auch langfristig attraktiv sein. Ein wichtiges Element stellt hierbei die Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik dar, die das unmittelbare Umfeld der Einwohner prägt. Hier liegt die zentrale Gestaltungsaufgabe der Stadt Essen mit den Zielen, das Profil unserer Stadt weiterzuentwickeln sowie den wirtschaftlichen und demographischen Strukturwandel zu bewältigen, um auch dauerhaft das Wachstum der Stadt zu fördern.

Die Junge Union Essen fordert...

- die Nutzung des großen Entwicklungspotenzials der stillgelegten Zechen und brachliegende Flächenpotenziale in unserer Stadt, u. a. durch eine Optimierung der infrastrukturellen Anbindung.
- die vorhandenen Flächenpotenziale an Gewerbeflächen für Investoren attraktiver zu gestalten.
- eine Reform der Städtebau- und Wohnungspolitik, die zu einer Aufwertung sozial problematischer Stadtteile beiträgt und Wohnraum für Familien mit Kindern sowie altengerechtes/barrierefreies Leben schafft.
- dass insbesondere der Innenstadtbereich durch Optimierung von Sicherheit und Attraktivität wieder zum Zentrum urbanen Lebens aufsteigt.
- dass die positive Entwicklung des Krupp-Gürtels unter Einbindung der angrenzenden Stadtteile weiter verfolgt wird.
- eine umweltbewusstere Orientierung des Städtebaus.
- die Aufwertung der nördlichen Innenstadt, insbesondere durch eine Öffnung der Viehofer Straße für den Straßenverkehr (ggf. als Einbahnstraße mit zusätzlichen, evtl. unentgeltlichen Parkflächen), um so die Attraktivität für Investoren und Gewerbetreibende entscheidend zu steigern.
- die Stärkung des Einzelhandels in den Stadtteilen.
- ein klares Residenzangebot an städtische Bedienstete und Pendler, um sie als neue Essener Bürger zu gewinnen.
- die Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention und eine möglichst barrierefreie Stadtplanung (z. B. barrierefreies Bauen, Ausbau inklusiver Angebote, geeigneter Blinden- und Gehörlosenleitsysteme und Notrufsysteme für Gehörlose).

Integrationspolitik

Die Integration von Deutschen mit Immigrationshintergrund und Ausländern ist gerade auf kommunaler Ebene ein zentrales politisches Thema. Die Junge Union Essen setzt sich für eine moderne, respektvolle und ideologiefreie Integrationspolitik ein. Das lose Nebeneinander der Kulturen lehnen wir ab, da dieses zur Bildung von Parallelgesellschaften führt und eine erfolgreiche Integration letztendlich verhindert. Eine gelungene Integration setzt vielmehr Akzeptanz und Orientierung an unserer Kultur voraus, die sich insbesondere durch das Beherrschen der deutschen Sprache sowie einem Bekenntnis zum Grundgesetz und unserer freien demokratischen Werteordnung definiert. Es ist die Pflicht der Essener Stadtgesellschaft, auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Die Junge Union Essen fordert...

- dass Berufsabschlüsse von Russlanddeutschen in verstärktem Umfang anerkannt werden. Auch die Stadt Essen muss ihre Möglichkeiten dahin gehend ausschöpfen, eine bessere Integration in die Arbeitswelt zu gewährleisten.
- dass die bestehenden städtischen Integrationsprojekte kritisch auf ihren tatsächlichen Nutzen hinterfragt werden und gegebenenfalls die Arbeitsweise optimiert wird.
- die Stärkung von erfolgreichen und der Integration zuträglichen Migrantenselbstorganisationen, deren Leistungen bereits einen wertvollen Beitrag zur Integration erbringen.
- dass städtische Publikationen grundsätzlich nur in deutscher Sprache verfasst werden, damit diese im Alltag nicht entbehrlich wird. Gleichzeitig müssen bestehende Angebote von Deutschkursen unterstützt und ausgebaut werden.
- dass die Stadt Essen bei Asylverfahren schnellstmöglich rechtliche Klarheit schafft.
- dass an Schulen freiwillige Selbstvereinbarungen getroffen werden, außerhalb des fremdsprachigen Unterrichts generell Deutsch zu sprechen. Denn das Beherrschen der deutschen Sprache ist zwingende Voraussetzung einer gelungenen Integration.
- dass keine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene mit extremistischen Organisationen wie beispielsweise „Milli Görüs“, erfolgt.
- die etablierten Parteien des Rates der Stadt Essen sowie die Stadtverwaltung auf, ihre Bemühungen zur Steigerung der Wahlbeteiligung zum Integrationsrat zu intensivieren und über dessen Bedeutung und Einfluss auf die Kommunalpolitik aufzuklären.

Sport und Bäder

Die Stadt Essen verfügt über ca. 89 Sportplätze (davon 25 Kunstrasenplätze), 180 Turnhallen, 14 Schwimmbäder sowie ein Licht- und Luftbad. Diese Sportanlagen waren ursprünglich für 700.000 Einwohner ausgelegt. Heute leben nur noch ca. 570.000 Menschen in unserer Stadt. Die Bevölkerungsentwicklung sowie die Haushaltslage erfordern daher eine Anpassung der Sportinfrastruktur an die aktuelle Einwohnerzahl. Dieser Entwicklung muss sich die Stadt stellen, ohne den hohen Stellenwert außer Acht zu lassen, den der Sport für das soziale Miteinander, die Integration, die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen besitzt.

Die Junge Union Essen fordert...

- dass der Umbau der städtischen Sportplätze von Asche zu Kunstrasen weitergeführt wird. Die 2:1 Lösung der CDU (Zwei Vereine dürfen auf einem Platz trainieren) hat sich dabei bewährt und soll vorrangig weiter verfolgt werden.
- dass beim Umbau der Sportplätze nach Bedarf zusätzlich Kleinspielfelder gebaut werden, um z. B. zusätzlich Fußballtennis oder ähnliche Kleinfeldturniere durchführen zu können.
- dass bei Zusammenlegung von Sportplätzen und Vereinen die Nähe zu Schulen beachtet wird, um weiterhin in zumutbarer Entfernung den Schulsport zu gewährleisten.
- Talentförderung bereits im Vor- und Grundschulalter und Intensivierung des Breitensports. Dabei ist an eine engere Kooperation der Schulen mit den lokalen Sportvereinen zu denken, um Schülerinnen und Schülern den Vereinssport näher bringen zu können.
- die Benutzungsgebühren für Sportstätten so zu halten, dass sie den Vereinen langfristige Planungssicherheit geben. Die Vereine sollen finanzielle Spielräume haben, um attraktive Angebote für ihre Mitglieder anbieten zu können.
- die Förderung des Schwimmsports im Vorschulalter sowie ein ausreichendes Angebot zur Ablegung des Schwimmbadzeichens zu erhalten.
- ein ausreichendes Angebot an attraktiven Schwimmbädern für den Vereins –Schul – und Freizeitsport in den Bezirken zu sichern.
- dass die Stadt in der Lage ist, sich erfolgreich um die Durchführung von nationalen und internationalen Sportveranstaltungen zu bewerben.
- den Erhalt der Eissporthalle Essen West wegen ihrer multifunktionalen Nutzungsmöglichkeiten.
- eine weitere Förderung von Skater- und Mountainbikeranlagen.

Kultur

Kultur ist Ausdruck des gesellschaftlichen Lebens und hat somit einen hohen Stellenwert für die Junge Union. Mit dem Weltkulturerbe Zollverein, dem Museum Folkwang, der Philharmonie, dem Aalto Theater sowie der Villa Hülgel und zahlreichen anderen Institutionen ist Essen das kulturelle Flaggschiff im Ruhrgebiet.

Ziel ist es, Kulturstätten zu erhalten und neue Erscheinungsformen der Kultur zu fördern, damit sichergestellt ist, dass auch der freien Kunstszene genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Gerade im Hinblick auf die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt Essen, muss Kultur aber bezahlbar bleiben. Daher bedarf es bei der Förderung von kulturellen Projekten einer genauen Überprüfung, ob sie von den Menschen angenommen werden und gleichzeitig Investoren anziehen, sodass Kultur die wirtschaftliche Stärke Essens vorantreiben kann.

Die Junge Union Essen fordert...

- die kulturelle Bildung stärker als bisher in den Fokus der schulischen Ausbildung zu rücken. Dabei geht es vor allem um das Besuchen und Erleben von Kulturstätten.
- Projekte zur Förderung der kreativen Fähigkeiten von Schülern, wie beispielsweise das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“, auszubauen.
- die Förderung von kulturellen Schulveranstaltungen (z.B. Theater - AGs) zu intensivieren.
- verstärkt kommerzielle kulturelle Einrichtungen, mithin die Essener „Kulturwirtschaft“, zu fördern, um in Essen auf lange Sicht eine sich selbst tragende Kulturlandschaft zu etablieren.
- weiter um private Investoren, wie im Fall des Museums Folkwang, zu werben.
- Kooperationen der Ruhrgebietsstädte auf kultureller Ebene, wie bereits im Kulturhauptstadtjahr 2010, um Synergien zu nutzen.
- den „Kulturtourismus“ stärker zu fördern, insbesondere durch überregionale Werbung und günstige Übernachtungsmöglichkeiten.

Finanzen und Verwaltung

Die Finanznot der Kommunen bedroht die Entscheidungs- und Handlungsspielräume unserer Stadt. Um die Selbstverwaltung unserer Stadt zu erhalten, muss der Weg einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung konsequent fortgesetzt werden. Hierfür müssen weiterhin Einsparpotenziale in der Stadtverwaltung und in den städtischen Tochtergesellschaften ermittelt werden. Ziel der kommunalen Haushaltspolitik müssen ein ausgeglichener Haushalt und der sukzessive Schuldenabbau sein.

Die Junge Union Essen fordert...

- eine drastische Reduzierung der Schulden der Stadt Essen und eine damit einhergehende strukturelle Entlastung des Haushalts. Die Landesregierung muss verlässliche Rahmenbedingungen hierfür schaffen. Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ darf nur ein erster Schritt sein.
- Bund und Land auf, angesichts steigender Sozialausgaben ihrer finanzpolitischen Verantwortung (Konnexität) nachzukommen. Die Kommunen dürfen nicht mit steigenden Kosten allein gelassen werden.
- eine Einbindung der Finanzpläne der städtischen Tochtergesellschaften in den Haushaltsplan der Stadt.
- eine Reform der Gewerbesteuer zugunsten einer nachhaltigeren Finanzierung der Kommunen.
- dass bei der Prüfung eines Verkaufs der städtischen RWE-Aktien alle finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Solange die aus den Aktien zu erzielenden Einnahmen höher sind als die Zinsverpflichtungen, die durch einen entsprechenden Schuldenabbau eingespart werden könnten, lehnen wir einen Verkauf ab.
- die weitere Anpassung der städtischen Infrastruktur an die geänderten Anforderungen der Einwohner unserer Stadt. Nicht mehr genutzte städtische Immobilien sind abzureißen und die freigewordenen Grundstücke zu verkaufen. In den Gebäuden des Konzerns Stadt Essen sind Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten umzusetzen, z.B. der Einbau von Bewegungsmeldern zur Regelung der Beleuchtung.
- die Fortführung und Intensivierung der kontinuierlichen Vergleichsanalyse städtischer Dienstleistungen, Produkte, Prozesse und Methoden (Benchmarking) mit denen vergleichbarer Städte, um qualitative und quantitative Optimierungspotenziale im Konzern Stadt offenzulegen und zum Gegenstand weiterer Einsparüberlegungen zu machen.
- eine Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit in der Metropole Ruhr.
- eine dienstleistungsorientierte Verwaltung, die Anliegen von Bürgern und Unternehmen effizient, zeitnah und kundenorientiert aus einer Hand erledigt. Die Möglichkeiten der „eVerwaltung“ (Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten per Internet) sollen ausgeschöpft werden, um den Bürgern möglichst vielen Dienstleistungen online anbieten zu können.

- eine leistungsbezogene Vergütung und Beförderung von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, um bessere Arbeitsleistungen anzuerkennen und zu fördern. Es darf keinen Automatismus von Beförderung und Vergütungssteigerung mit zunehmendem Alter geben.
- bei Personaleinsparungen auch weiterhin auf Kündigungen zu verzichten und diese über die natürliche Fluktuation im Personalbestand zu erreichen.
- für die Beschäftigten des Konzerns Stadt, die noch nicht in Essen wohnen, Anreize zu schaffen und Angebote zu machen, um ihren Wohnsitz hierher zu verlegen.
- ein Ende der Vergabe von Fördergeldern nach Himmelsrichtung im Rahmen des Solidarpakts Ost. Strukturschwache Kommunen im Ruhrgebiet dürfen nicht gezwungen werden, sich zugunsten ostdeutscher Städte und Gemeinden zu verschulden. Eine Förderung hat vielmehr nach Bedürftigkeit zu erfolgen.

Wirtschaft

In der kommunalen Wirtschaftspolitik genießt die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze die höchste Priorität. Dies gelingt nur, wenn der Standort Essen für die Unternehmen attraktiv ist und Rahmenbedingungen bietet, die besser sind als an anderen Standorten. Hierzu zählen die „harten“ Standortfaktoren, wie eine gute Infrastruktur und Verkehrsstruktur sowie eine gut funktionierende Verwaltung, aber auch „weiche“ Standortfaktoren, wie ein breites kulturelles Angebot und vielfältige Freizeitangebote. Viele dieser Faktoren sind in den vorhergehenden Forderungen bereits erörtert worden.

Die Junge Union Essen fordert...

- die Förderung der stadtteilbezogenen Einkaufsmöglichkeiten. Hierzu gehört eine konsequente Umsetzung des beschlossenen Masterplans "Einzelhandel" zur Stärkung der einzelnen Stadtteile.
- eine stärkere Wirtschaftsförderung auf der Ebene des Ruhrgebiets. Hierzu zählt eine stärkere Teilhabe des Ruhrgebiets an den Fördermitteln der Europäischen Union. Dies kann bereits durch die Ausweitung der "NRW Regionalagentur MEO" auf andere Städte des Ruhrgebiets geschehen.
- die stärkere Anerkennung der Essener Ausbildungsbetriebe, beispielsweise durch die Einrichtung eines jährlichen Empfanges seitens des Oberbürgermeisters zur Würdigung der Essener Unternehmen, die sich in Fragen der Ausbildung junger Menschen besonders verdient gemacht haben.
- den Ausbau von Partnerschaften von Wirtschaftsunternehmen und Handwerken mit Essener Schulen. Den Betrieben sollte dadurch eine Plattform geschaffen werden, um sich zu präsentieren und den Schülern gleichzeitig die Möglichkeit zu geben sich beruflich zu orientieren.
- die weitere Förderung des Messestandortes Essen, etwa durch den geplanten Ausbau der Messe Essen, wobei aber auf Eingriffe in den Grugapark zu verzichten ist. Die Messe trägt dazu bei das Image des Wirtschaftsstandorts Essen aufzuwerten und stärkt gleichzeitig die Gastronomie im Großraum Rüttenscheid.
- die Unterstützung von Existenzgründungen im Bereich zukunftsweisender Technologien. Das Existenzgründerzentrum Triple-Z ist ein Schritt in die richtige Richtung.
- weiteres Flächenpotential für die Ansiedlung von gewerblichen und industriellen Betrieben zu nutzen, um dem Flächennotstand entgegenzuwirken. Dabei sollte der Schwerpunkt auf der Ansiedlung von verarbeitetem Gewerbe gelegt werden, um Arbeitsplätze für Geringqualifizierte zu schaffen. Bei der Ausweisung der Flächen muss der Essener Süden einbezogen werden.
- eine mittelstandsfreundliche Verwaltung. Es sollten Anlaufstellen geschaffen werden, wo bestehende und potentielle Gewerbetreibende alles „aus einer Hand“ bekommen. Insbesondere muss die Anlaufstelle beratend tätig werden und etwaige erforderliche Genehmigungen koordinieren können.

Baldeneysee

Der Baldeneysee ist eines der Wahrzeichen unserer Stadt. Als einer der schönsten Seen der Region ist er weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus bekannt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten des Sees konsequent genutzt werden.

Die Junge Union Essen fordert...

- ein Gesamtkonzept für den Baldeneysee, das alle seine Facetten von Sport und Naherholung bis hin zu Gastronomie und Wohnen berücksichtigt. Der See und seine Umgebung sind dabei – ähnlich wie das Gelände des Welterbes Zollverein – als Einheit zu betrachten.
- das Baden im See an geeigneten Stellen durch die Schaffung von Badestegen zu ermöglichen.
- eine durchgängige beleuchtete Promenade rund um den See, möglichst nah am Wasser.
- die bessere verkehrstechnische Anbindung des Sees durch den ÖPNV sowie die Optimierung der Verkehrsströme und Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten.
- die Sanierung der Tribüne und des Regattaturms.
- die Förderung der Ansiedlung attraktiver Gastronomie am See, die gerade auch für junge Leute ansprechend sein sollte.
- verwaiste Grundstücke am Uferbereich zu überprüfen und wenn möglich Schritte zu deren Entwicklung einzuleiten.
- den See als Wahrzeichen Essens stärker in den Fokus des Stadtmarketings zu rücken. Unsere Stadt hat mehr zu bieten als nur Industriekultur.

JUNGE UNION
Kreisverband Essen

c/o CDU Essen
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel: 0201 247320
Fax: 0201 2473299

www.ju-essen.de
info@ju-essen.de